



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

am Donnerstag, dem 20. Februar, kam der Landesbezirksvorstand im vergangenen Jahr zum ersten Mal zusammen. Es war der Morgen nach den Morden in Hanau. Das Ausmaß dieser Tat war noch nicht klar, als wir unsere Sitzung begannen. Stunde um Stunde entfaltete sich der ganze Schrecken an jenem Vormittag mit jeder weiteren Einzelheit, die bekannt wurde. Wir alle waren zutiefst erschüttert und brachten dies zum Ausdruck. Der Landesbezirksvorstand bekundete seine Fassungslosigkeit und Trauer und kondolierte den Hinterbliebenen. Viele von uns nahmen seither an den Trauerveranstaltungen teil und engagierten sich. Jetzt jähren sich die Morde von Hanau, begangen aus rassistischen und rechtsextremen Motiven, zum ersten Mal. Es fühlt sich noch so nah an. Die Aufarbeitung, so können wir

bilanzieren, ist nach allem, was man hört und lesen kann, nicht annähernd abgeschlossen. Der Landesbezirksvorstand von ver.di Hessen ruft auch in diesem Jahr zum betrieblichen Gedenken auf. Das Erinnern an die neun ermordeten Hanauerinnen und Hanauer soll zur Mahnung werden, sagen wir ihre Namen und behalten sie im Gedächtnis. Lasst uns Gesicht zeigen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Lasst uns sichtbar für die unteilbare Menschenwürde eintreten. Schreiben wir unser individuelles Bekenntnis auf und tragen es in die virtuelle Welt. Ich wähle: Alle Menschen sind gleich #Hanau #19Februar2020 #saytheirnames ♦

Euer Jürgen Bothner



„Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten all denen, deren liebste Menschen ermordet wurden.“

Das ehrenamtliche Leitungsgremium von ver.di Hessen, der Landesbezirksvorstand, ruft Kolleginnen und Kollegen auf, am **19. Februar**, dem Jahrestag der Morde in Hanau, in den Betrieben und Dienststellen **Gedenkminuten** einzulegen oder auf andere Weise an die Ermordeten zu erinnern. Die Arbeitgeber fordert der Landesbezirksvorstand auf, das Gedenken zu unterstützen.

Landesbezirksleiter Jürgen Bothner: „Warum in den Betrieben und Dienststellen? Weil der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus dort zuvorderst stattfindet. Die Morde von Hanau haben uns bis ins Mark erschüttert. Lasst uns an diesem Tag besonders klar Haltung zeigen gegen Rassismus und gegen Rechtsextremismus. Wir wollen deutlich machen, dass in den Betrieben und Dienststellen kein Platz ist für rassistisches und rechtsextremes Denken und Agieren. Wir stehen ein für Mitmenschlichkeit, Wertschätzung und Respekt. Nehmen wir öffentlich wahrnehmbar Anteil an dem Schmerz der Hinterbliebenen, der auch ein Jahr danach noch unermesslich groß ist. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten all denen, deren Liebste ermordet wurden. Lasst uns ein Zeichen setzen für Toleranz, für Demokratie und Vielfalt. Zeigen wir: Wir sind mehr. Immer noch.“ ♦

Stark nachgefragt und wenig gewürdigt – zähe Tarifverhandlungen im Wach- und Sicherheitsgewerbe Hessen

Sicherheitspersonal ist stark nachgefragt in Corona-Zeiten. Es gibt schließlich viel zu kontrollieren: Die Maskenpflicht in der Öffentlichkeit, der ordnungsgemäße Verschluss von Objekten, die derzeit vielfach pandemiebedingt geschlossen sind, und sogar Transport und Lagerung des begehrten Corona-Impfstoffs stehen unter Sicherheitsschutz. Verwunderlich, dass die Arbeitgeber in der Tarifrunde so hart und unnachgiebig auftreten. Zweimal schon, am 15. und am 28. Januar, hat ver.di zum Streik aufgefordert, zweimal haben in den zum Streik aufgerufenen Betrieben viele Kolleg*innen mitgemacht, doch es erfolgte kein verbessertes Angebot des Arbeitgeberverbandes der Sicherheitswirtschaft (BDSW).

ver.di fordert für die rund 20.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe Hessen eine Lohnerhöhung von 1,50 Euro pro Stunde bei einer Laufzeit von einem Jahr. Das Arbeitgeberangebot betrug nach drei Verhandlungsrunden 1,6 Prozent im ersten und 2,3 Prozent im zweiten Jahr. Dies entspräche für die Masse der Beschäftigten in Hessen einer Lohnsteigerung um 42 Cent pro Stunde in zwei Jahren.

ver.di-Verhandlungsführer Mathias Venema deutet die unnachgiebige Haltung der Arbeitgeber so: „Dass bis heute kein angemessenes Angebot vorliegt, zeigt, dass der BDSW die Leistung der Kolleginnen und Kollegen in dieser schwierigen Zeit nicht würdigt. Die Beschäftigten sind zu Recht sauer.“ Und Guido Jurock, Gewerkschaftssekretär für die Wach- und Sicherheitsbranche, ergänzt: „Das Internet ist weiter voll mit Stellenanzeigen – momentan auch für den Sicherheitsdienst in Impfzentren. Eine Professionalisierung der Branche zu fordern, wie der BDSW das tut, aber die Mitarbeiter mit Centbeträgen abspeisen zu wollen, das passt nicht zusammen.“

Ein neuer Verhandlungstermin wurde inzwischen für den 19. Februar 2021 vereinbart. „Die Kolleg*innen erwarten immer noch ein besseres Angebot“, so Venema und Jurock.



Mehr Sicherheit und zuverlässige Verbindlichkeit in der Kinder- und Jugendlichenbetreuung in Hessen

Die Inzidenzzahlen sinken und sofort wird der Ruf lauter, Kitas, Schulen und Betreuungseinrichtungen wieder ganz zu öffnen. Es ist erfreulich, dass es weniger Covid-19-Infizierte gibt. Allerdings bergen die mutierten Viren neue Risiken. Gerade kürzlich wurde die britische Mutante in einer Frankfurter Kita nachgewiesen.

Erzieherinnen und Erzieher fühlen sich im Stich gelassen von der Landesregierung. Einzelne verzweifelte Erzieherinnen starten Online-Petitionen mit der glühenden Bitte, auf die Gesundheit von Personal und Kindern zu achten. ver.di nimmt die Bedroh-

lichkeit der Situation sehr ernst und fordert landesweite feste Kriterien für den verlässlichen Betrieb von Kitas, Schulen und Betreuungseinrichtungen für Jugendliche. In ver.di organisierte Kolleg*innen aus diesen Bereichen haben einen offenen Brief an die Landesregierung geschrieben. Darin machen sie ihre Situation nochmals deutlich. Sie fürchten um ihre Gesundheit und in letzter Konsequenz um ihr Leben.

Gewerkschaftssekretärin Dr. Kristin Ideler: „Immer wieder müssen Beschäftigte und Eltern gleichermaßen ohnmächtig abwarten, was die Landesregierung in dieser für sie immer existenzieller werdenden Frage entscheidet. Wenn wir Kitas, Schulbetreuung >



und Jugendhilfeeinrichtungen so weitgehend wie möglich und gleichzeitig so sicher wie nötig öffnen wollen, werden wir den Mut haben müssen, feste landesweite Kriterien zu definieren, nach denen dann vor Ort entschieden werden kann, ob und wenn ja, wie weitgehend eine Einrichtung geöffnet werden kann.“

ver.di Hessen legt hierfür einen Perspektivplan und ein Hygiene-Maßnahmenpaket vor und fordert die Landesregierung damit auf, ab jetzt bis zum Ende der Pandemie den praktikablen Rahmen für einen sicheren und pädagogisch vertretbaren Einrichtungsbetrieb zu gewährleisten.

Der Plan von ver.di sieht vor, dass bei Öffnung einrichtungsbezogen nach einem verbindlichen Stufenplan agiert wird. Dabei soll auch die lokale Inzidenz berücksichtigt werden. Zudem braucht es transparente, allgemeine Kriterien für die Vergabe von Notbetreuungsplätzen. Auch müssen verbindliche Hygienevorschriften definiert und ihre Einhaltung vor Ort in den Einrichtungen jederzeit gewährleistet sein.

 ver.di – Corona: **ver.di legt Perspektivplan für Kitas, Schule und Jugendhilfeeinrichtungen vor.** ◆

Universitätskliniken Gießen und Marburg (UKGM): Lohnrunde 2021 gestartet

Am 9. Februar sind an den Universitätskliniken Gießen und Marburg die ersten Tarifverhandlungen unter dem neuen Besitzer Asklepios gestartet. Asklepios hatte im vergangenen Jahr die Rhön-Kliniken AG übernommen, zu der mit UKGM das bundesweit einzige Universitätsklinikum in privater Trägerschaft gehört. Der Asklepios-Konzern ist für seine gewerkschaftsfeindlichen Praktiken bekannt. Deshalb war der Verhandlungsstart mit Interesse erwartet worden.

„Keine Einigung, aber erste positive Signale“, fasst Fabian Dzewas-Rehm, ver.di-Fachsekretär Gesundheit der Gewerkschaft in Mittelhessen, den Auftakt zusammen. „Die bisherige Verweigerungshaltung in den Tarifverhandlungen scheint gebrochen. Der Arbeitgeber hat erstmals wieder verhandelt, wenn auch noch kein schriftliches Angebot vorgelegt. Teile des Angebots müssen strukturelle Verbesserungen sein.“

Im Vorfeld war große Verunsicherung in der Belegschaft in Mittelhessen entstanden. Denn man hatte von anderen Rhön-Standorten gehört, dass Ausgliederungen angekündigt wurden. Dementsprechend beobachtet ver.di am UKGM verdeckten Stellenabbau durch Nichtverlängerung befristeter Stellen sowie das Freibleiben von Stellen bei Kündigungen und Renteneintritten. Der zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretär Fabian Dzewas-Rehm: „Hier erwarten wir Garantien vom Konzern und vom Land Hessen. Medizinische Spitzenleistungen verdienen Arbeitsplatzsicherheit und gute Bezahlung. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.“

In der Lohnrunde für die rund 7.800 nicht-ärztlichen Beschäftigten fordert ver.di fünf Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro. Zudem stehen Fragen zur Ausbildungsqualität, zur Anerkennung für langjährig Beschäftigte und das kostenlose Hessenticket, wie es die Landesbeschäftigten an den Kliniken erhalten, im Fokus. Die Verhandlungen beginnen vor dem Hintergrund des laufenden Konflikts um eine verbesserte Eingruppierung. Für diese Forderung streikten Beschäftigte aus Gießen und Marburg bereits im Dezember mehrfach.

„Wir erwarten ein deutliches Lohnplus für die Beschäftigten an den mittelhessischen Unikliniken“, stellt Fabian Dzewas-Rehm klar. „Die Pandemie verlangt den Kolleg*innen alles ab: Ob im Patiententransport, in der Küche oder der Pflege – viele sind am Limit und wollen eine finanzielle Anerkennung für die harte Arbeit.“ Am 3. März wird weiterverhandelt. ◆



In der Lohnrunde für die rund 7.800 nicht-ärztlichen Beschäftigten fordert ver.di fünf Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro.

Massenentlassungen bei Wisag

Bodenverkehrsdienste Flughafen Beschäftigte wehren sich mit Kündigungsschutzklagen

Das Foto zeigt gekündigte Gewerkschaftsmitglieder der Firmen Wisag Ground Services und Wisag Passage Services am Frankfurter Flughafen vorm Arbeitsgericht. Sie klagen gegen ihre Entlassungen. ver.di hat den Rechtsschutz übernommen.

Wisag hatte im Dezember zirka 225 der insgesamt 850 Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt. ver.di kritisierte die Kündigungen scharf, insbesondere auch den Zeitpunkt. Landesfachbereichsleiter Verkehr, Mathias Venema: „Die meisten Firmen am Flughafen nutzen in der Corona-Krise das Instrument der Kurzarbeit zur Absicherung der Belegschaft. Die gesetzlichen Kurzarbeitsregelungen sind bis Ende 2021 gültig, die Wisag kann ebenfalls Kurzarbeit beantragen und so Zeit für sozialverträgliche Lösungen gewinnen.“ ♦



Einige der Kolleg*innen in der Nähe des Gerichtsbriefkastens – fotografieren direkt vor dem Gericht wurde uns untersagt.



Nachruf Leo Rauh IG Medien/ver.di-Bezirkssekretär in Nordhessen von 1990 bis 2016

Er war keiner von den Bequemen. Auch nicht für seinen „Chef“, wie er sich manchmal ausdrückte. Leo wollte überzeugt sein, dass Entscheidungen gut begründet sind und dass es keine besseren Möglichkeiten gibt. Besser im Sinne der Kolleginnen und Kollegen, die er vertrat. Und auch im politischen Sinn, denn Leo sah in der gewerkschaftlichen Arbeit weit mehr als gut gemachtes oder gut gemeintes Handwerk. Nein, gewerkschaftliche Arbeit sollte eingebettet sein in die großen Linien linker Politik und die Tradition der Kämpfe und Erfolge der Arbeiterbewegung. Den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu verwischen, wäre ihm nie in den Sinn gekommen.

Leonhard (Leo) Rauh machte nach dem Abitur in seiner Heimatstadt Nürnberg zunächst eine Lehre als Buchdrucker und ließ sich anschließend bei der Druckerei Maul+Belser in Nürnberg zum Offsetdrucker umschulen. Kurz nach Beginn seiner Ausbildung im Jahr 1977 trat Leo in die damalige IG Druck+Papier ein. Er war ein politisch denkender und handelnder Mensch. Deshalb war er bald im Betriebsrat aktiv und engagierte sich in seiner Gewerkschaft.

Ende der 80er-Jahre ging er für ein Jahr an die Akademie für Arbeit nach Frankfurt. Im Oktober 1990 begann Leo dann seine hauptamtliche Arbeit als Gewerkschaftssekretär der IG Medien –

der Nachfolgeorganisation der IG Druck+Papier – im Bezirk Kassel. Hier war Leo nicht nur zuständig für die großen und kleineren Betriebe der Druckindustrie in der Region, sondern auch für die Kulturbetriebe wie Theater, Musikschule und Kino.

Ab 1996 betreute er neben dem Bezirk Nordhessen auch noch Teile des Bezirks Osthessen, unter ihnen die größeren Betriebe in der Papierverarbeitung.

Immer wieder war Leo Rauh auch mit seiner Kamera unterwegs; viele Arbeitskämpfe und politische Aktionen hat er dokumentiert. Er war sehr belesen, politisch engagiert und besaß eine umfangreiche Büchersammlung zur Druckindustrie und vor allem Dokumente zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.

Am 1. Juli 2013 ging Leo in die „Freiphase“ der Altersteilzeit und seit dem 31. Dezember 2016 war er dann im Ruhestand. 2014 ist er in sein Elternhaus nach Bayreuth gezogen. Dort war er weiterhin politisch aktiv, insbesondere in der VVN/BdA.

Seinen Ruhestand konnte er leider nur wenige Jahre genießen. Am 10. Januar 2021 ist Leo Rauh im Alter von 66 Jahren verstorben. Wir trauern um einen aufrechten Kollegen. ♦



Internationaler Frauentag in Corona-Zeiten

Der internationale Frauentag steht 2021 unter dem Motto „Mehr Gewerkschaft – Mehr Gleichstellung – Mehr denn je!“.

 **Zum Aufruf:**
Aktuelles | Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund (dgb.de)

Es wird coronabedingt kaum öffentliche Präsenzveranstaltungen geben. Dafür gibt es sehr interessante Online-Runden. Hier eine Auswahl:

Frauentag in Offenbach

Samstag, 6. März 2021, 11 bis 14 Uhr Fußgänger*innenzone Höhe Löwenapotheke (bei trockenem Wetter): „Starke Frauen in Offenbach. Wir bringen unsere Forderungen auf die Straße“. In einer Mitmachaktion wird eine Straßenzeitung mit den Forderungen der Offenbacherinnen erstellt.

Montag, 8. März 2021, 17.30 bis 19 Uhr,
Online-Veranstaltung
„Starke Frauen in Offenbach – gestern und heute“.

Digitale Diskussionsrunde mit:

- Claudia Schell (Gesamtpersonalratsvorsitzende, Stadt Offenbach, ver.di)
- Judith Heberer (Betriebsrätin Dematic GmbH, Heusenstamm, IG Metall)
- Hibba Kauser (Offenbacher Aktivistin)

 **Anmeldung unter: suedosthessen@dgb.de** ◆

Frauentag im Bezirk MainKinzig-Osthessen

Freitag, 12. März, 15 bis 17 Uhr, digitale Diskussionsveranstaltung: „Das alte Lied, die Melodie stimmt noch: Frauen schließt euch zusammen und kämpft für eure Rechte. Frauen und Gewerkschaft.“

 **Anmeldung unter: natalie.jopen@verdi.de** ◆

Frauentag in Hessen

Webtalk „Gesellschaftliche Relevanz des internationalen Frauentags 2021“ am **Montag, 8. März 2021, von 19:00 bis 21:00 Uhr.**

Digitale Diskussionsrunde mit:

- Dr. Christina Stockfisch – DGB, Europäische und internationale Gleichstellungspolitik
- Pia Barth – Frauennotruf Frankfurt am Main
- Frauen*streikbündnis Kassel
- Anja Engelhorn, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Eigenbetriebs Kindertagesstätten der Stadt Offenbach

 **Mehr unter: ver.di – Gesellschaftliche Relevanz des internationalen Frauentags im Jahr 2021** ◆

Frauentag in Frankfurt

Samstag, 6. März 2021 via zoom: Online-Talk mit Politiker*innen zur kommunalen Frauen- und Gleichstellungspolitik in Frankfurt. Veranstalterin sind die DGB-Frauen Frankfurt.

 **Uhrzeit, Anmeldung und weitere Infos werden demnächst auf DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main veröffentlicht.** ◆

Kurz gemeldet:

Kommunalwahlen

Am 14. März sind in Hessen wieder das Kumulieren und Panaschieren angesagt. Die wahlberechtigten Hess*innen sind dazu aufgerufen, ihre Kommunalparlamente neu zu besetzen. Traditionell erstellt der DGB für die Gewerkschaften Wahlprüfsteine – so auch dieses Mal.

 Ausführlich nachzulesen unter:

**Kommunalwahl Hessen | Hessen-Thüringen (dgb.de)
DGB stellt Eckpunkt an eine gute Kommunalpolitik vor –
Kommunaler Investitionsstau muss beseitigt werden |
Hessen-Thüringen**



Steuertipps für Gewerkschaftsmitglieder

Ein viel genutztes Angebot für ver.di-Mitglieder ist seit Jahrzehnten der Lohnsteuerservice. Mitglieder beraten dabei Mitglieder beim Ausfüllen der Steuererklärung und sichern den Kolleg*innen damit jährlich vollkommen legal Millionenbeträge. In diesem Jahr hat ver.di Hessen eine Online-Seminarreihe aufgelegt. „Steuern leicht gemacht – mit den ver.di-Steuertipps“.

Durch die Seminare führt Edmund Lennartz, Leiter der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) für den ver.di-Lohnsteuerservice.

 **Mehr Infos dazu: ver.di – Online Seminarreihe „Steuern leicht gemacht“**

Lieferkettengesetz kommt

Die Landesbezirkskonferenz von ver.di Hessen hatte es 2019 beschlossen. Die Initiative für ein Lieferkettengesetz sei zu unterstützen. Seitdem arbeitet ver.di Hessen in der hessischen Steuergruppe mit. Auf Bundesebene wurde jetzt nach langem Hin und Her ein Gesetzeskompromiss beschlossen. Dazu der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke „Gegen den Widerstand von Teilen der Wirtschaft und des Bundeswirtschaftsministeriums ist es gelungen, einen Kompromiss zum Lieferkettengesetz zu erzielen, der die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Lieferketten von Unternehmen mit Sitz in Deutschland stärkt. Dieser Durchbruch geht maßgeblich auch auf den Einsatz von ver.di im Bündnis mit vielen NGOs zurück. ver.di wird die parlamentarische Beratung zum Lieferkettengesetz und dessen Umsetzung in der Praxis weiter kritisch begleiten und sich für Verbesserungen stark machen.“

ver.di Hessen im Netz:

Homepage: <https://hessen.verdi.de>
Facebook: <https://www.facebook.com/hessen.verdi>
Twitter: <https://twitter.com/verdihessen>
Instagram: <https://www.instagram.com/verdihessen/>
Youtube: <https://www.youtube.com/channel/UC5mZteTYqduoFHUCXn8YAMQ>

Der Videopodcast des Landesbezirksleiters Jürgen Bothner immer auf der Seite des Landesbezirks <https://hessen.verdi.de/>

IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirksverwaltung Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt

Redaktion: Ute Fritzel **Grafik:** Elke Böhm **Bildnachweise:** Seite 1: picture alliance/Jan Haas, Seite 2: Stefan und Corinne Schneider, Seiten 2 und 3: Fototeam Hessen, Seite 4: Eren Gültekin, Fototeam Hessen (Plakette „wehirdi“) Seite 5: Theo Schulze-Marquardt (Leo Rauh), Mathias Venema (Gerichtsbriefkasten), Seite 6: DGB